

chen habe der Glaube einen konkreten Inhalt. Gleich im nächsten Satz ist aber dann zu lesen, der konkrete Inhalt des Glaubens sei auch in den Fragen der sittlichen Weisungen Jesus Christus, und konsequenterweise wird dann eingeräumt, aus der Offenbarung ließen sich nicht einfach konkrete Handlungsnormen abrufen. Angesichts eines solchen Hin und Her wird ein Satz wie der, Christen müßten „ohne alles Schielen nach links oder nach rechts wieder viel konsequenter und entschlossener“ ihren spezifischen christlichen Beitrag zur Grundwerte- und Friedensdiskussion leisten, leicht zur Leerformel.

Nicht ohne Engführungen geht es auch im dritten Teil des Arbeitspapiers ab, das *Weichenstellungen für die Glaubensvermittlungen* entwirft und dabei im Sinn der spannungsvollen Einheit von Sammlung und Sendung Einseitigkeiten vermeiden möchte. Dazu gehört, daß sich die Kommission gegen eine Isolierung und Absolutsetzung des anthropologischen Ansatzes in der Glaubensvermittlung wendet, den Zusammenhang von Glaubensentscheidung und Glaubensinhalt unterstreicht, den Vorrang der Glaubenserfahrung zugunsten der Glaubensreflexion kritisch anfragt und sich für eine überlegte Einordnung der Ergebnisse und Methoden von Human- und Sozialwissenschaften bei der Weitergabe des Glaubens ausspricht. Nur macht sie es sich z. B. dort zu einfach, wo sie die Entschiedenheit des Glaubens in der Nachfolge Jesu Christi vorschnell mit der Zustimmung zu den von der Kirche vorgelegten Glaubensinhalten

gleichsetzt: Schwierigkeiten mit dem Nachvollzug und dem Verständnis einzelner Glaubensaussagen, die an anderer Stelle des Arbeitspapiers nüchtern konstatiert werden, machen den Glauben doch nicht zwangsläufig zu einem „unverbindlichen Angebot“. Am schwersten habe sich die Kommission mit den *konkreten Impulsen für die Glaubensvermittlung* getan, schreibt Walter Kasper in seiner Einführung. Das ist den entsprechenden Passagen des Arbeitspapiers anzumerken. Zum einen ist sicher zu begrüßen, daß sich die Kommission nicht auf den einen oder anderen Teilbereich beschränkt, sondern als Bausteine für ein Gesamtkonzept kirchlicher Glaubensvermittlung Katechese, Ehe und Familie, Predigt, Berufs- und Arbeitswelt, Erwachsenenbildung und die Medien einbezieht. Dadurch wird der Vielfalt der Formen Rechnung getragen, in denen Glauben weitergegeben wird. Das Papier legt den Finger auch mit Recht auf einige *wunde Punkte*, wenn z. B. die vielfach zu beobachtende Vernachlässigung der Predigt beklagt, auf die Schwierigkeiten katholischer Erwachsenenbildung mit ihrem Proprium hingewiesen oder die verstärkte Präsenz des christlichen Glaubens in der Arbeitswelt und in den Medien gefordert wird.

Gerade weil alle diese Bereiche einbezogen werden, bleibt es aber teilweise bei wenig hilfreichen kirchlich-theologischen *Allgemeinplätzen* oder bei bloßen *Postulaten*, so wenn etwa gefordert wird, es gelte die grundlegenden Aussagen der kirchlichen Soziallehre wieder neu ins Bewußtsein zu rücken.

Die Schwierigkeiten mit den konkreten Impulsen verweisen letztlich auf die Achillesferse des ganzen Arbeitspapiers: Die Kommission hat sich damit wohl doch zu viel vorgenommen. Verglichen mit dem Arbeitspapier „Mehr Weltverantwortung in der christlichen Gemeinde“, ist es ihr diesmal weit weniger gut gelungen, ein angemessenes Verhältnis zwischen der eigentlichen Grundproblematik und den dabei herangezogenen Einzelfragen zu finden. So enthält das Papier einerseits *zu viel*, andererseits aber *zu wenig*, weil so viele andere Fragen und Anliegen aufgegriffen werden, daß die spezifischen Chancen und Schwierigkeiten der Glaubensvermittlung demgegenüber in den Hintergrund rücken. Damit stellt sich auch die Frage nach den *Adressaten* eines solchen Papiers, das weder den zufriedenstellen wird, der nach Hilfen für Einzelbereiche der Glaubensvermittlung sucht, noch den, der sich um eine situationsgerechte und theologisch differenzierte Gesamtperspektive bemüht.

Allerdings könnten gerade die Schwächen des Papiers ein Anstoß sein, intensiver über die Fragen der Glaubensvermittlung heute nachzudenken, wobei sich der Ansatz beim Ineinander von Sammlung und Sendung durchaus als hilfreich erweisen könnte. Man kann gespannt darauf sein, welche Impulse in dieser Richtung der diesjährige Katholikentag erbringen wird, bei dem ja entsprechend dem Leitwort „Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt“ Probleme der Glaubensvermittlung eine wichtige Rolle spielen müßten.

U. R.

Entwicklungen

Friedensbewegung in der DDR

Positionen und Bemühungen in der evangelischen Kirche

Im Oktober vergangenen Jahres, als in Bonn und zahlreichen anderen Großstädten große Friedensdemonstrationen stattfanden, bekundete das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ eine „Tiefe und wohlbegründete

Sympathie für die Hunderttausende, die in Westeuropa für die Behauptung ihres elementaren Rechts auf Leben und Frieden gegen seine Gefährdung durch die Nato-Pläne auf die Straßen gingen“ (Neues Deutschland,

26. 10. 81). Aber etwa gleichzeitig mit der Friedensbewegung im Westen hat auch in der DDR das Engagement für Fragen des Friedens zugenommen und sich eine Bewegung formiert, die im wesentlichen von Christen in der evangelischen Kirche getragen wird. Daß Staats- und Parteiführung mit der neuen Bewegung beträchtliche Schwierigkeiten haben, liegt auf der Hand, zumal die politische Führung von deren Kraft und inneren Konsistenz offenbar überrascht wurde. Dabei hat das Friedensengagement der evangelischen Landeskirchen in der DDR bereits Tradition.

Wiederholt protestierten sie in den letzten Jahren gegen den obligatorischen Wehrkundeunterricht an den Schulen und warnten vor einer Tradierung überkommener Feindbilder, vor einer Erziehung zum Haß und vor der Verherrlichung militärischen Handelns. Schon seit Jahren kritisieren die evangelischen Landeskirchen die Durchdringung des gesamten Bildungswesens der DDR mit „sozialistischer Wehrerziehung“, die selbst eine militärische Politik als „Friedenspolitik“ ausgibt.

Vielfältige Initiativen

Für das Konzept des „Sozialen Friedensdienstes“, wie er seit dem Herbst vergangenen Jahres, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung, von allen DDR-Synoden, unterstützt wird (vgl. HK, Dezember 1981, 645), hat man auf die Vorstellung eines „zeichnenhaften Handelns“ zurückgegriffen, das schon Ende 1965 den Konsens der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR gefunden hatte. In der damals verabschiedeten „Handreichung zur Seelsorge an Wehrpflichtigen“ wurde erklärt, daß unter den gegebenen Bedingungen in der Verweigerung des Militärdienstes und im Dienst in den 1964 eingerichteten waffenlosen Baueinheiten der DDR-Armee ein „deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn“ zu sehen sei, als im Militärdienst mit der Waffe. Auf dieser Grundlage hatten die evangelischen Synodalen und Kirchenleitungen in der Folgezeit immer wieder die Einrichtung eines sozialen Friedensdienstes gefordert; erst in den siebziger Jahren trat die Frage angesichts der minimalen Hoffnung auf einen positiven Bescheid sehr in den Hintergrund, um jetzt neu belebt zu werden.

Die Palette der in den vergangenen Monaten gestarteten Initiativen in Sachen „Frieden“ reicht von einer Demonstration, über eine Reihe von Synodalbeschlüssen und die Veranstaltung einer „Friedensdekade“ in den Gemeinden bis zu einem „Berliner Appell“. Der Initiator dieses im Februar veröffentlichten Appells für „Abrüstung und Truppenabzug aus Deutschland“ will trotz einer Warnung des Bischofs von Berlin-Brandenburg, *Gottfried Forck*, auch weiterhin Unterschriften für seinen Aufruf entgegennehmen. Eine *Demonstration*, sie sich, wenn auch nicht im Umfang, so doch in der Zielrichtung am ehesten mit der Bonner Kundgebung vom 10. Oktober 1981 vergleichen läßt, fand am 13. Februar in *Dresden* statt. Die evangeli-

sche Kirche stellte sich entschieden hinter die Kundgebung.

Das Thema Friedensbewegung stand auch im Mittelpunkt der Herbsttagungen 1981 der *landeskirchlichen Synoden* in der DDR. Eine deutliche Warnung wurde z. B. auf der *Evangelischen Landessynode Sachsen* ausgesprochen, „daß das Militärische in wachsendem Maße unser ganzes gesellschaftliches Leben durchdringt“. Die Militarisierung des Alltags diene nicht der wirklichen Sicherheit und Zukunft des Lebens; es werde dadurch Angst erzeugt und zugleich finde eine Gewöhnung an den möglichen Krieg statt. Auf derselben Synode wurde die Forderung aufgestellt, für „kalkulierte und mit den Verbündeten abgestimmte Vorleistungen in der Abrüstung (z. B. Reduzierung der SS-20-Raketen)“ und für „defensive, bedrohungsarme Sicherheitssysteme (z. B. Abbau der zahlenmäßigen Panzerüberlegenheit) und so für einen neuen Aufbau von Vertrauen in Europa von unserer Seite aus“ zu sorgen (epd, Dokumentation 51/81, S. 17 f.). Die sächsische Synode äußerte sich damit in manchen Punkten energischer, insgesamt aber entsprechend dem, was auch die Synoden anderer Landeskirchen vertreten haben.

Ebenfalls im November vergangenen Jahres übermittelte die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR den Kirchengemeinden ein 16seitiges Dokument zum Thema „*Pazifismus in der aktuellen Friedensdiskussion*“. Über Relevanz und Herausforderung des Pazifismus heißt es in der Studie, pazifistische Tendenzen innerhalb der Friedensaktivitäten ließen sich „nicht mehr aus der Faszination eines utopischen Friedensideals oder als Ausdruck der Sehnsucht nach einer heilen Welt“ erklären. Sie müßten vielmehr Hinweis auf eine immer deutlicher bewußt werdende *Legitimationsschwäche überkommener militärischer Sicherheitsstrategien* verstanden werden (lwi, 14/82, S. 11). Es gelte, so meint die Studie, dahinter die Anfrage und Herausforderung nach einer *neuen Sicherheitspolitik* zu sehen und als einen Impuls in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation wahrzunehmen. Eine Aufgabe der Kirche im Zuge einer weiterzuführenden Pazifismusdiskussion sei es, die Herausforderung der Friedensbewegung dem Staat zu verdeutlichen und sich zum Interpretieren berechtigter pazifistischer Anliegen zu machen.

Genau dies hatten die evangelischen Kirchen auch mit der im Herbst 1981 gestarteten zehntägigen *Friedensdekade* in den Gemeinden im Sinn, zu der neben anderen Materialien für die kirchliche Jugendarbeit auch Aufnäher „*Schwerter zu Pflugscharen*“ verteilt wurden. Das auf den Aufnehmern wiedergegebene Bibelwort wurde verdeutlicht durch die Abbildung eines Denkmals, welches die Sowjetunion mit dem gleichen Losungswort den Vereinten Nationen in New York geschenkt hat.

Befürchtungen des Regimes

Die Regierung der DDR hat nun das Tragen dieser Aufnäher mit der Begründung verboten, sie seien von Jugendlichen „zur Bekundung von *staatsfeindlicher Gesinnung*“

und der Beteiligung an einer *illegalen politischen Bewegung* mißbraucht“ worden. Mitgeteilt wurde das Verbot am 22. März vom Staatssekretär für Kirchenfragen, *Klaus Gysi*, anlässlich eines Gesprächs mit dem sächsischen Landesbischof *Johannes Hempel* und dem Kirchenamtspräsidenten *Kurt Domsch*. Noch am 14. März aber hatte sich die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen als Führungsorgan des evangelischen Kirchenbundes ausdrücklich mit den christlichen Friedensinitiativen solidarisiert und das Losungswort bekräftigt.

Nachdrücklichen Widerstand hatten die kirchlichen Forderungen bereits auf der Tagung des Zentralkomitees der SED Ende November in Ostberlin erfahren. Der SED-Chef des Bezirks Cottbus und Politbüroandidat *Werner Walde* erklärte, „die Phrase des sogenannten Friedensdienstes“ diene nur dem Zweck, „Front zu machen gegen die notwendige militärische Stärkung des Sozialismus“. Den Befürwortern des sozialen Friedensdienstes warf Walde vor, sie würde mit ihrer Haltung zu „friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlichen Aktionen“ aufrufen; außerdem vergäßen sie, „daß unsere ganze Republik sozialer Friedensdienst ist“ (zit. nach *Süddeutsche Zeitung*, 23. 11. 81).

Unter dem Motto „*Der Frieden muß verteidigt werden – Der Frieden muß bewaffnet sein*“ wurde dann im März von der SED eine großangelegte Kampagne gestartet. Radio DDR bezeichnete in einem Kommentar die Anhänger der christlichen Friedensbewegung als „blind, taub und heuchlerisch“. Unter Anspielung auf den Friedensaufnäher warf Radio DDR der Friedensbewegung vor, sie trete für ein Verschrotten der Waffen im eigenen Land ein, während im Westen „Pflugscharen in Schwerter verwandelt werden und der Prozeß der Militarisierung des gesamten Lebens immer schneller voranschreitet“. Das Zentralorgan der FDJ, „*Junge Welt*“, veröffentlichte gleichzeitig laufend Briefe von jungen Lesern, die sich freiwillig zum Dienst in der Volksarmee bereit erklären.

Auch durch die Zeitschrift der Pädagogen in der DDR, die in Ostberlin erscheinende „*Deutsche Lehrerzeitung*“, wurde die Friedensbewegung in scharfer Form verurteilt. Ihre Anhänger würden „nicht klar denken“ können. Die Formel „Frieden schaffen ohne Waffen“ verwandle sich „wie unter den Händen von Magiern in die totale Kapitulation des Menschen vor der sehr realen, weil bis an die Zähne bewaffneten Kräften des Bösen“, erklärte das Blatt. Zur Abstützung der Kampagne und zur Werbung für den „bewaffneten Frieden“ widmete das Zentralorgan der SED Anfang April der Volksarmee eine ganze Seite. Gleichzeitig begann die FDJ in Betrieben und Schulen eine Wehrkampagne für den Dienst in der Armee und die vormilitärische Ausbildung. Von der Volksarmee werden dabei vor allem Reservisten eingesetzt.

DDR-Verteidigungsminister *Heinz Hoffmann* hatte am 25. März vor der Volkskammer in Ostberlin schließlich erklärt: „So gern wir unsere Waffen dereinst verschrotten werden – noch braucht der Sozialismus unsere Pflugscharen und Schwerter.“ Offenbar als flankierende Maß-

nahme zu der im Frühjahr verfügten Verschärfung des allgemeinen Wehrpflichtgesetzes in der DDR und das rigore Vorgehen gegen die christliche Friedensbewegung hatte in Potsdam Ende März eine staatlich gelenkte Tagung zum Thema Frieden und Abrüstung stattgefunden, an der laut einem Bericht im „*Neuen Deutschland*“ 125 kirchliche Amtsträger, Theologen, Laien und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilgenommen haben sollen. Die Zeitung zitiert dazu einen Pfarrer aus Neuenzittau, der erklärte, daß er von seinem Innersten her zwar Pazifist sein möchte, aber einsehen müsse, „daß der Frieden nicht ohne Waffen erhalten werden kann“. An der Trennungslinie zwischen den großen politischen und militärischen Machtblöcken dürfe die DDR „nicht entblößt einem Angriff ausgesetzt werden“.

Die Kirche erklärt sich

Offensichtlich legt es die Partei- und Staatsführung mit ihrer Reaktion auf eine Verhärtung der Fronten zwischen Kirche und Staat an. Die ideologische Propaganda der DDR-Medien legt die Vermutung nahe, daß man mit einer Duldung von Friedensmanifestationen wie in der Dresdner Kreuzkirche am 13. Februar aufhören will.

Die in Dresden tagende Synode der Evangelischen Landeskirche Sachsens wies als erste die im Zusammenhang mit dem Verbot des Aufnäher geäußerten Beschuldigungen zurück; inzwischen reagierten fünf weitere Landeskirchen mit Protest und bekräftigten ihre Bereitschaft, die betroffenen Jugendlichen und ihr Anliegen zu unterstützen (epd, 31. 3. 82). Die sächsische Landessynode hat zum Verbot eine *Kanzelerklärung* verabschiedet, die am 28. März in den Gottesdiensten verlesen wurde. Sie hat ferner in einem *Brief an die betroffenen Jugendlichen* zu der vom Staat eingenommenen Konfrontationshaltung Stellung genommen. In ihrer Kanzelabkündigung hieß es, die Kirche nehme das Verbot „mit tiefer Betroffenheit“ zur Kenntnis und weise die Unterstellung staatsfeindlicher Absichten zurück. Die Synode nannte das Vorgehen der DDR-Regierung gegen Jugendliche, die das Friedenssymbol tragen, einen „schwerwiegenden Fehler“. Das Verbot zerstöre „auf nachhaltige Weise das Vertrauen dieser jungen Menschen“.

Ebenfalls einstimmig angenommen hatte die Synode den an die Jugendlichen gerichteten Brief. Darin wurde u. a. auf die staatlich angedrohten Konsequenzen für diejenigen hingewiesen, die sich weigern, den Aufnäher von ihrer Kleidung zu entfernen. Der Staat droht ihnen mit der Verweisung von der Schule oder dem Verlust ihrer Lehrstelle.

In den schon erfolgten Maßnahmen und neuerlichen Drohungen sieht die Synode eine „*Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit*“ (lwi, 14/82, S. 6). Der Brief stellt aber auch unmißverständlich fest, daß die Kirche unter diesen Bedingungen nicht in der Lage sei, die Jugendlichen „vor Konsequenzen, die das Tragen des Aufnäher mit sich bringt, zu schützen“.

Daß aber die Kirchen in der DDR nicht gewillt sind, dem sich zuspitzenden Konflikt mit dem Staat aus dem Weg zu gehen, zeigt eine *Mitteilung des Vorsitzenden des DDR-Kirchenbundes*, die am Ostersonntag in den evangelischen Kirchen verlesen wurde. Der Mitteilung war am 7. April ein Gespräch zwischen der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen und Staatssekretär *Klaus Gysi* vorausgegangen, in dem dieser erneut deutlich gemacht hatte, daß der Aufnäher mißbräuchlich zur Schwächung der Wehrbereitschaft benutzt werde und deshalb nicht geduldet werden könne. Bischof *Werner Krusche* erklärte in einem Brief an die Gemeinden, die Kirche betreibe eine „*eigenständige Friedensarbeit*“ und sei „nicht einfach Verstärker der Außenpolitik des Staates“. Die Kriminalisierung der Träger des Symbols „durch *weithin unangemessene Maßnahmen*“ verletze deren persönliche Würde. Man befürchte „schwerwiegende Folgen“ für das Verhältnis der überwiegend gutwilligen Jugendlichen zum Staat. In den Gottesdiensten der Kirche von Berlin-Brandenburg wurde zusätzlich ein Wort von Bischof *Gottfried Forck* verlesen. Darin dankt Forck allen, die den Aufnäher getragen und sich trotz aller Schwierigkeiten „dabei eine wirklich friedliche Gesinnung bewahrt haben“. Es müsse aber klar sein, daß christliche Friedensverantwortung weiter reiche als das Tragen der Aufnäher.

Noch hat die evangelische Kirche aber nicht offiziell beim Ministerpräsident oder bei *Erich Honecker* selbst Protest gegen die Diskriminierung christlicher Friedensinitiativen erhoben. Sie versucht innerhalb des Rahmens zu bleiben, der am 6. März 1978 in einem Spitzengespräch zwischen Vertretern des DDR-Kirchenbundes und *Erich Honecker* abgesteckt und damals als großer Fortschritt gewertet wurde (vgl. HK, Mai 1978, 216 ff.).

Rückwirkungen auf den katholischen Bereich?

Auch katholische Christen haben sich inzwischen der Friedensbewegung angeschlossen. Die Tatsache, daß die

katholische Kirche selbst bisher zur aktuellen Friedensdiskussion nicht Stellung genommen hat, wird von manchen mit wachsendem Unbehagen registriert. In einem Papier des „*Aktionskreises Halle*“, eines 1969 gegründeten freien Zusammenschlusses katholischer Priester und Laien im kirchlichen Gebiet Magdeburg, heißt es: „Viele Christen empfinden die nicht mehr zu überhörende ‚Sprachlosigkeit‘ der katholischen Kirche in der DDR zu den gegenwärtigen Bedrohungen des Friedens als Ärgernis“ (zit. nach KNA, 2. 4. 82). In einem beigegefügteten Papier erklärte *Joachim Garstecki*, katholischer Mitarbeiter beim „Bund der evangelischen Kirchen in der DDR“, daß sich das „unbestimmte Gefühl“ vor allem junger Menschen, in der Friedensfrage allein gelassen zu sein, zunehmend in kritischen Rückfragen an die Kirche selbst ausdrücke. Die katholische Kirche in der DDR stehe dieser Situation seelsorglich und in der Sache „nahezu unvorbereitet“ gegenüber.

Diese Kritik wurde vom Sprecher des bischöflichen Ordinariats in Westberlin, *Wolfgang Knauff*, allerdings nachdrücklich zurückgewiesen. Die Tatsache, daß sich die Berliner Bischofskonferenz bisher nicht offiziell in die Friedensdiskussion eingeschaltet habe, bedeute nicht, daß die Diskussionen in den katholischen Gemeinden ausgespart blieben.

Zwar liegen aus den Jahren 1975 und 1978 kirchenamtliche Aussagen zu Fragen des Friedens vor, in denen sich die katholische Kirche der DDR zu Themen wie Friedenserziehung und Wehrdienst klar geäußert hat (vgl. u. a. HK, Juli 1978, 325 f.). Aber anders als die evangelische Kirche verfolgen die katholischen Bischöfe die Linie, durch politische Abstinenz nach allen Seiten die für die Fortexistenz der Kirche zentralen Bereiche der *Seelsorge und Caritas zu sichern*. Das bedeutet einerseits, daß man sich bisher erfolgreich etwaigen Beeinflussungsversuchen von seiten der Ost-CDU entziehen konnte, daß aber bestimmte Themenbereiche nicht zum Gegenstand offizieller Erklärungen gemacht werden und so manche an die Kirche herangetragenen Erwartungen nicht erfüllt werden können.

Cordelia Rambacher

Interview

Was ist heute Protestantismus?

Ein Gespräch mit Kirchenpräsident Helmut Hild

Die christlichen Kirchen hierzulande sind mit gewichtigen Herausforderungen konfrontiert, sei es durch gesellschaftliche Entwicklungen, sei es beim Bemühen, den Glauben auszulagen und zu vermitteln. Wie bewältigt der deutsche Protestan-

tismus mit seinem spezifischen konfessionell-geschichtlichen Profil und seinen inneren Spannungen diese Herausforderungen? Wo findet er heute seine Identität? Darüber sprachen wir mit dem Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in